Gewerkschaften in der Ukraine 1996

Von Andreas Wittkowsky

Studie

erstellt im Auftrag der

Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Kiew

Kiew, August 1996

Abkürzungen 2

0. Überblick 3

1. Rechtliche Grundlagen gewerkschaftlicher Betätigung 4

2. Gewerkschaftsorganisationen
2.1 Freie Gewerkschaften der Ukraine (WPU) 4
2.2 Föderation der Gewerkschaften der Ukraine (FPU) 9
2.3 Nationale Konföderation der Gewerkschaften der Ukraine (NKPU) 12
2.4 Andere 13

3. Tarifbeziehungen und Sozialpartnerschaft
3.1 Branchentarifvereinbarungen und betriebliche Kollektivverträge 14
3.2 Generalvereinbarung und Nationaler Rat für Sozialpartnerschaft 16

4. Politik der US-amerikanischen Gewerkschaften 17

5. Perspektiven 18

C 00 - 00544

Abkürzungen

ALS-GA	*Assoziazija ljotnoho sostawa grashdanskoj awiazii* (Zivilpilotenvereinigung)
FPAD	*Federazija profspilok awiadyspetscheriw* (Gewerkschaftsvereinigung der Fluglotsen)
FPU	*Federazija profspilok Ukrajiny* (Gewerkschaftsföderation der Ukraine)
GTS	*Generalnoe tarifnoe soglaschenie* (Generaltarifvereinbarung)
KPU	*Komunistytschna partija Ukrajiny* (Kommunistische Partei der Ukraine)
KSoT	*Kodeks sakonow o trude* (Arbeitsgesetzbuch)
KUN	*Kongres ukrajinskych nacionalistiw* (Kongreß Ukrainischer Nationalisten)
NKPU	*Nazionalna konfederazija profspilok Ukrajiny* (Nationale Konföderation der Ukrainischen Gewerkschaften)
NPGD	*Nesawissimyj profsojus gornjakow Donbassa* (Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft Donbass)
NPGU	*Nesawissimyj profsojus gornjakow Ukrainy* (Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft der Ukraine)
NPRI	*Nesawissimyj profsojus rabotnikow Iljitschowskowo morskowo porta* (Unabhängige Hafenarbeitergewerkschaft Iljitschowsk)
NPWU	*Nesaleshna profspilka wijskowoslushbowziw Ukrajiny* (Unabhängiger Militärverband der Ukraine)
NRSP	*Nacionalna rada socialnoho partnerstva* (Nationaler Rat für Sozialpartnerschaft)
OWPSU	*Objednannja wilnych profspilok salisnizschnikiw Ukrajiny* (Vereinigung der Freien Eisenbahnergewerkschaften der Ukraine)
PALS-ZA	*Profspilka-assoziazija ljotnoho skladu zivilnoji awiaciji Ukrajiny* (Gewerkschaftsvereinigung der ukrainischen Zivilpiloten der Ukraine)
PITR	*Profsojus insheneno-technitscheskich rabotnikow „Awialinij Ukrajiny"* (Gewerkschaft des Bodenpersonals der *„Awialinij Ukrajiny"*)
PRUP	*Profsojus rabotschych ugolnoj promyschlennosti* (Gewerkschaft der Arbeiter der Kohleindustrie)
SDPU	*Social-demokratytschna partija Ukrajiny* (Sozialdemokratische Partei der Ukraine)
SPLTPU	*Swobodnyj profsojus ljochkoj i tekstilnoj promyschlennosti Ukrainy* (Unabhängige Gewerkschaft der Leicht- und Textilindustrie der Ukraine)
UNA-UNSO	*Ukrajinska nazionalna assamblea - Ukrajinska narodna samo-oborona* (Ukrainische Nationalversammlung - Ukrainischer Völkischer Selbstschutz)
USPP	*Ukrainskij sojus predprinimatelej i promyschlennikow* (Ukrainischer Verband der Unternehmer und Industriellen)
WKP	*Wcjeobschtschaja konfederazija profsojuzow* (GUS-Gewerkschaftsverband)
WOST	*Wseukrajinske objednannja solidarnosti trudiwnykiw* (Gesamtukrainische Vereinigung der Arbeitersolidarität)
WPU	*Wilni profspilky Ukrajiny* (Vereinigung der Freien Gewerkschaften der Ukraine)
WPMU	*Wilna profspilka maschynistiw Ukrajiny* (Freie Lokomotivführergewerkschaft der Ukraine)
WPPMU	*Wilna profspilka praziwnykiw metropoliteniw Ukrajiny* (Freie Gewerkschaft der Metroangestellten der Ukraine)
WPSU	*Wilna profspilka swjaskiwziw Ukrajiny* (Freie Gewerkschaft der Telekommunikationsarbeiter der Ukraine)
WSR	*Wsjeukrainskij sojus rabotschych* (Allukrainische Arbeiterunion)

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek
C 00 - 00544

WZSPS *Wsjesojusnyj zentralnyj sowjet profsojusow*
(Zentralgewerkschaftsrat der Sowjetunion)

0. Überblick

Die 1991 erreichte Unabhängigkeit der Ukraine hat zu einer völligen Neustrukturierung der Gewerkschaftslandschaft geführt, die jedoch in weiten Teilen als eine Simulation dessen erscheint, was nach westeuropäischem Verständnis den Charakter von Gewerkschaften ausmacht. Grob lassen sich die Organisationen, die sich Gewerkschaften (*profsojusy*) nennen, in **drei Gruppen** einteilen: alte Gewerkschaften, neue Gewerkschaften und Verbände, die nach westlichem Verständnis als Unternehmer- oder sonstige Interessenvertretungsverbände zu bezeichnen sind. Die **alten Gewerkschaften** sind die Rechtsnachfolger der „Gewerkschaften" vom Typ „Transmissionsriemen", deren kleinste Einheit das vom Arbeitskollektiv gewählte Betriebsgewerkschaftskomitee (*profkom*) war. Im Zuge der Streikbewegungen ab 1989 bekamen die *profkomy* Konkurrenz durch unabhängige betriebliche Streikkomitees, die in der Folgezeit ihren organisatorischen Zusammenhalt durch den Zusammenschluß zu **unabhängigen Gewerkschaften** wahrten. Daraus entstanden z.B. die Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft (NPG), die Pilotenvereinigung (ALS-GA) oder die nach dem Territorialprinzip gegliederten Sozialen Gewerkschaften (*Sozprof*). Die neuen Organisationen konnten, hauptsächlich auf der Betriebsebene, an den *profkomy* vorbei Tarif- und Kollektivvereinbarungen abschließen. Da die sowjetische Gesetzgebung den Gewerkschaften die Verwaltung der Sozialversicherung (*Sozstrach*) zuwies, entstanden mit der Zulassung von privater Wirtschaftstätigkeit relativ schnell **Verbände der Kooperativen und Kleinbetrieben**, die vornehmlich auf die Wahrnehmung dieser Funktion ausgerichtet waren.

Seit Ende 1995 ist eine vorläufige Konsolidierung der Gewerkschaftstrukturen zu beobachten, deren Ergbnis davon geprägt ist, daß der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel in der Ukraine sehr spät eingeleitet wurde und nur langsam voranschreitet. Dadurch konzentrieren sich praktisch alle Gewerkschaften weiterhin auf die **politische Interessenvertretung** und - in unterschiedlichem Maße - auf die **Sicherung ihrer Zugriffsmöglichkeiten auf Ressourcen**, vor allem auf das Vermögen der sowjetischen Gewerkschaften und Bereiche des sozialen Sicherungssystems (*Sozstrach*). In diesen Bereichen existiert auch Interessengleichheit mit den Nicht-Gewerkschafts-*profsojusy*, die die fortgesetzte Kooperation mit ihnen verständlich macht. Über Mitgliedszahlen gibt es nach wie vor keine verläßlichen Angaben, da der Widerwillen gegen formelle Mitgliedschaften in Organisationen weit verbreitet und die Beitragsdisziplin nicht zuletzt wegen mehrmonatiger Lohnrückstände gering ist. Die Stärke der Gewerkschaften muß also eher an ihrer politischen Durchsetzungsfähigkeit und ihren tarifpolitischen Erfolgen gemessen werden, doch auch hier ist Vorsicht angebracht.

Das vielfach regulierte **Tarifsystem** erscheint über weite Strecken als Simulation und erfüllt nicht die Funktionen, die es in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften spielt. Die Lohnbildung für den Staatssektor findet vornehmlich im Parlament (Minimallohn) und in den Betrieben statt, und die Realität ist von mehrmonatigen Rückständen bei den Lohnzahlungen geprägt, gegen die nur punktuell gewerkschaftliches Aufbegehren zu verzeichnen ist. Auf der Betriebsebene ist jedoch in Einzelfällen gewerkschaftliche Gestaltungsmacht zu erkennen. Mit zunehmender Entfernung vom Betrieb nehmen sowohl die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaftsorganisationen als auch ihre Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den eigenen

betrieblichen Funktionären ab. Der 1993 auf nationaler Ebene etablierte **Nationale Rat für Sozialpartnerschaft** (NRSP) spielt in der politischen Öffentlichkeit keine Rolle und hat nicht zur Entschärfung von Konflikten beigetragen. Eine Änderung dieser Situation ist erst nach einer institutionellen Trennung der politischen und der ökonomischen Sphäre zu erwarten, die vom Fortschreiten des Gesetzgebungsverfahrens und der Entstaatlichung der Lohnfindung abhängig ist.

1. Rechtliche Grundlagen gewerkschaftlicher Betätigung

Mit der Verabschiedung der **Verfassung der Ukraine** am 28. Juni 1996 ist die Gewerkschaftsfreiheit grundsätzlich verankert worden. Jeder Bürger hat das Recht, sich zum Schutz seiner arbeits- und sozialökonomischen Rechte und Interessen in einer Gewerkschaft zu organisieren (Art. 36) und zu deren Durchsetzung an Streiks teilzunehmen. Das grundsätzliche Recht wird jedoch eingeschränkt durch die sehr schwammige und interpretierbare Bestimmung, daß Streiks nicht die nationale Sicherheit, den Schutz der Gesundheit und die Rechte und Freiheiten Anderer beeinträchtigen dürfen (Art. 44). Alle Gewerkschaften haben gleiche Rechte (Art. 36).[1]

Im Bereich der industriellen Beziehungen ist ein Nebeneinander von alten und neuen Regelungen zu beobachten. Zum einen sind umfangreiche Regulierungen im sehr unübersichtlichen und Anfang der 1990er Jahre mehrfach geänderten sowjetischen **Arbeitsgesetzbuch** (KSoT) festgeschrieben. Darüberhinaus wird der Prozeß der Lohnbildung durch die **Gesetze „Über Unternehmen in der Ukraine“**, **„Über Kollektivverträge und -vereinbarungen“** und **„Über die Entlohnung der Arbeit“** geregelt (vgl. Abschnitt 4). Umstritten ist die Verabschiedung eines zusätzlichen **Gesetzes „Über Gewerkschaften“**; in der parlamentarischen Beratung befinden sich zudem noch die **Gesetze „Über die Vermittlung bei Konflikten“**, **„Über die Sozialpartnerschaft“** und **„Über Unternehmerverbände“**. Dabei könnten auch bereits geregelte Bereiche verändert werden.

2. Gewerkschaftsorganisationen

Der Zusammenbruch der Sowjetunion führte zu einer Nationalisierung der Gewerkschaftslandschaft. Die Versuche zur Gründung nationaler Dachverbände verliefen aber sehr unterschiedlich:

2.1 Freie Gewerkschaften der Ukraine (WPU)

Fünf der aus den Streikbewegungen von 1989 hervorgegangenen neuen Gewerkschaften, die **Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft** (NPGU), die **Gewerkschaft der Lokomotivführer** (WPMU) und drei Gewerkschaften aus dem Luftfahrtbereich (FPAD, PITR, PALS ZA) gründeten 1992 einen gemeinsamen Konsultativrat. Im September 1992 konnten diese Gewerkschaften durch landesweite Streiks durchsetzen, daß mit ihnen Branchentarifvereinbarungen abgeschlossen wurden. Am 3. November 1993 ging aus dem

Konsultativrat die Vereinigung der **Freien Gewerkschaften der Ukraine** (WPU) als erste nationale Organisation neuer Gewerkschaften hervor. Der damalige Vorsitzende der NPGU, Aleksandr Mril, wurde zum Präsidenten des Exekutivkomitees gewählt. Dies erfüllte jedoch vornehmlich Diskussions- und Koordinationsfunktionen, war den einzelnen Mitgliedsorganisationen gegenüber nicht weisungsbefugt und schloß auch keine Vereinbarungen in ihrem Namen ab.

Angaben über die Mitgliedszahlen der WPU-Gewerkschaften schwanken, da die Mitgliedschaft nicht an regelmäßige Beitragszahlungen gebunden ist. Im Rahmen von Streiks war regelmäßig ein Zuwachs von Mitgliedern zu beobachten, der aber nicht unbedingt von Dauer war. Zwar bemühten sich die Einzelgewerkschaften um die Stärkung ihrer Organisationen - die Lokomotivführergewerkschaft (WPMU) bildete beispielsweise den Kern der Vereinigung Freier Eisenbahnergewerkschaften (OWPSU) - gleichzeitig erfolgte die Werbung von neuen Mitgliedern jedoch weitgehend selektiv, um die Gefahren der Unterwanderung und Bürokratisierung durch die Festigung der Organisationsstrukturen an der Basis zu minimieren. Durch diese Basisorientierung blieb der Einfluß der WPU-Gewerkschaften auf die rechtliche Regulierung der Arbeits- und Sozialbeziehungen gering, und ihre Funktion drohte auf die (heute allerdings noch entscheidende) Betriebsebene beschränkt zu bleiben (vgl. Abschnitt 3). Auf dem 1. WPU-Kongreß vom 8.-10. September 1995 sollte die Vereinigung deshalb in einen handlungsfähigen nationalen Dachverband transformiert werden. Zu diesem Zeitpunkt gehörten der WPU - neben einigen kleineren Betriebs- und Regionalgewerkschaften - folgende Gewerkschaften an:

1. **Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft** (NPGU; Vors.: Michail Wolynez);
2. **Vereinigung Freier Eisenbahnergewerkschaften** (OWPSU; Vors.: Semjon Karikow);
3. **Gewerkschaft der Fluglotsen** (FPAD; Vors.: Alexandr Schuljak);
4. **Gewerkschaft des Bodenpersonals** (PITR; Vors.: Garij Barschajewskij);
5. **Freie Gewerkschaft der Leicht- & Textilindustrie** (SPLTPU; Vors.: Roman Bobow);
6. **Freie Gewerkschaft der Telekommunikation** (WPSU; Vors.: Wladimir Olschewskij);
7. **Unabh. Hafenarbeitergewerkschaft Iljitschowsk** (NPRI; Vors.: Anatolij Bojtschuk);
8. **Freie Gewerkschaft der Metroangestellten** (WPPMU; Vors.: Wiktor Ditkowskij);
9. **Studentenverband** (PoStUP; Vors.: Konstantin Sacharenko);
10. **Unabhängiger Militärverband** (NPWU; Vors.: Aleksandr Lalak).

Bereits im Vorfeld des Kongresses mehrten sich die Anzeichen für erhebliche politische Probleme. Im Dezember 1994 war Aleksandr Mril als Vorsitzender der NPGU zurückgetreten und hatte sich daraufhin ausschließlich seiner Tätigkeit in der WPU gewidmet. Mril hatte bereits vorher kein Hehl daraus gemacht, daß er ein Befürworter diktatorischer Maßnahmen sei, um die notwendigen Wirtschaftsreformen durchzusetzen und die Menschen zur Arbeit zu bringen.[2] Dies allein schien noch nicht besonders bedrohlich, ist doch eine autoritäre Grundeinstellung und auch der Ruf nach einem starken Mann durchaus typisch für breite Teile der postsowjetischen Gesellschaft. Im April 1995 jedoch veröffentlichte die (von amerikanischen Fonds finanzierte) und recht unabhängig berichtende Zeitung der Freien Gewerkschaften *Mist / Most* (Die Brücke) Photos und einen Hintergrundartikel über eine neue Kleiderordnung, die Mril der gesamten Belegschaft des Exekutivkomitees auferlegt hatte: Um

den politischen Charakter der Organisation zu unterstreichen, mußte sie von nun an in Camouflage-Kampfanzügen arbeiten[3] Am 15. Juni beschloß die Mehrheit der starken Mitgliedsgewerkschaften der WPU auf Antrag der NPGU den Rücktritt Mrils, nachdem ihm ein autokratischer Führungsstil und mangelnde Rechenschaft vor den Einzelgewerkschaften vorgeworfen worden w..[4]

Am 17. Juni wurden erstmals enge Kontakte zwischen einigen Mitgliedsorganisationen der WPU und der radikal-nationalistischen, an nationalsozialistischem Gedankengut orientierten, **UNA-UNSO** (Ukrainische Nationalversammlung- Ukrainischer Völkischer Selbstschutz) offenbar, als in Kiew eine von der UNA organisierte „Versammlung freier Gewerkschaften und Streikkomitees" stattfand. In deren Präsidium fanden sich Aleksandr Lalak, ein Major der Nationalgarde und neuer Vorsitzender des Unabhängigen Militärverbandes sowie Aleksandr Iwaschtschenko und Georgij Schtscherban, die Vorsitzenden der erst kurz vorher gegründeten und in die WPU eingetretenen Regionalorganisationen in Winniza und Tscherkassy wieder.[5] Diese Organisationen dominierten dann auch die politischen Auseinandersetzungen auf dem im September stattfindenden WPU-Kongreß. Der Delegiertenschlüssel des Kongresses, der bereits früher im Jahr auf Betreiben Mrils durchgesetzt worden war, benachteiligte alle mitgliederstarken Gewerkschaften mit hoher lokaler Konzentration. Mit der Begründung, kleine Gewerkschaft... vor der Dominanz der mitgliedsstarken Bergarbeitergewerkschaft bewahren zu wollen, war die Anzahl von Delegierten einer Gewerkschaft abhängig von der Anzahl ihrer Ortsgruppen. Die Rechtsradikalen mit ihren neugegründeten Regionalorganisationen verfügten dadurch über ca. ein Drittel der Kongreßmandate.

Mit großer Mehrheit wurde zunächst eine neue Satzung der WPU beschlossen, die die Einrichtung eines ständigen Rats unter der Leitung des vom Kongreß gewählten Präsidenten der WPU vorsah. Weder Michail Wolynez (NPGU) noch Semjon Karikow (OWPSU) - die Vorsitzenden der „Kerngewerkschaften" - wollten jedoch den Vorsitz in ihrer Einzelgewerkschaft zugunsten einer WPU-Präsidentschaft aufgeben. Beide lehnten eine Kandidatur ab, und stattdessen kam es zu einer Kampfabstimmung zwischen dem vielen Delegierten unbekannten Vorsitzenden der Metrogewerkschaft WPPMU, Wiktor Ditkowskij, und einem Vertreter der NPGU aus dem westukrainischen Bergbaugebiet Tscherwonograd, Petro Pobereshnik. Nachdem sich der NPGU-Vorsitzende weder für noch gegen den vom gesamten rechtsradikalen Spektrum unterstützten Pobereshnik aussprechen wollte, stimmten nicht nur die westukrainischen, sondern auch ein Teil der ostukrainischen NPGU-Delegierten für „ihren" Mann, so daß dieser die Wahl knapp für sich entscheiden konnte.

In den Folgewochen zogen sich jedoch alle Branchengewerkschaften aus dem Dachverband zurück, der dadurch in die politische Bedeutungslosigkeit versank und nach dem Stop amerikanischer Finanzhilfe an Geldnot einging. Der NWPU-Chef gab nochmals Anlaß zu Spekualtionen über seine wahren Motive, als er im März 1996 Dokumente über die (finanziell eher bescheidene) Hilfe der US-amerikanischen Gewerkschaften in die Kiewer Presse lancierte und deren Unterschlagung durch die frühere WPU-Führung beklagte.[6] Im Mai 1996 verkündete der Rat unter Teilnahme Pobereshniks endgültig die **Selbstauflösung** der WPU. Seither gehen die einzelnen Gewerkschaften mehr oder weniger ihre eigenen Wege und sehen keinen Bedarf für eine weitere organisatorische Vereinigung.

Die größte der ehemaligen WPU-Gewerkschaften ist nach wie vor die **Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft** (NPGU), die ca. 60.000 Symphatisanten (Mitglieder) in drei regionalen Organisationsschwerpunkten im Kohlebergbau der Ostukraine (v.a. Krasnoarmejsk, Donezk, Krasnodon), dem Kohlebergbau der Westukraine (Tscherwonograd und Wolynien) und dem Erztagebau in Kriwoj Rog hat. Der NPGU-Vorsitzende Michail Wolynez kommt wie sein Vorgänger Aleksandr Mril aus der *PO Krasnoarmejskugol*; er bezeichnet die Organisation als die „größte (zivil-) gesellschaftliche Vereinigung der Ukraine". Sie ist die einzige der WPU-Gewerkschaften, die auch nach 1993 noch an Streiks beteiligt war. Auf politischer Ebene sieht sich die Gewerkschaft von keiner Partei vertreten. Die Organisation ist eindeutig antikommunistisch; hinsichtlich der sozialdemokratischen Parteien ist die Auskunft kurz und knapp: „Die kennen wir nicht!"[7] Die NPGU ist Mitglied im Internationalen Bergarbeiterbund (ICM) und hat ständige Kontakte zur Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE).

Die Regionalorganisationen im kleinen westukrainischen Kohlerevier (Tscherwonograd und Wolynien) - das hauptsächlich für die örtliche Energieversorgung produziert - haben oft andere Interessenlagen und sind auch politisch anders orientiert als die Organisationen im Osten. Hier gelang es der **rechtsradikalen UNA-UNSO**, in betrieblichen Gewerkschaftskomitees Fuß zu fassen. Neben dem glücklosen WPU-Präsidenten Petro Pobereshnik ist auch der Vorsitzende der NPGU-Regionalvereinigung Tscherwonograd, Wassil Lasortschik, zumindestens Symphatisant dieser Organisation (formelle Mitgliedschaften sind hier aus den selben Gründen schwer zu ermitteln wie bei den Gewerkschaften). Die NPGU in Tscherwonograd unterstützte auch die Wahlkampagnen mehrerer UNA-Anhänger in politische Ämter der Stadt; dazu gehört beispielsweise der Bürgermeister von Tscherwonograd, Igor Kozjuruba. Aber auch in einigen Zechen der Ostukraine wird mit UNA-UNSO symphatisiert. Der Vorsitzende der NPGU-Stadtvereinigung in Perwomaisk, Sergej Galjautdinow, plädierte beispielsweise für die Aufstellung von Arbeiterselbstverteidigungsgruppen und wandte sich an UNSO (den militärischen Flügel von UNA) mit der Bitte um Entsendung von Ausbildern.

Eine Analyse des **Bergarbeiterstreiks im Juli 1996** wirft ein Schlaglicht sowohl auf die inneren Probleme der NPGU als auch auf ihr Umfeld. Im Donbass begannen die Bergleute, „wild" zu streiken (von anderer Seite wird berichtet: von den Kohledirektoren und der politischen Führung der *Donezka oblast* provoziert), um die Zahlung der bis zu **sechsmonatigen Lohnrückstände** einzufordern, und unter den Streikenden befanden sich mehr Mitglieder der alten Kohlegewerkschaft PRUP als Mitglieder der NPGU. Viele betriebliche NPGU-Funktionäre übernahmen hier eine aktive Rolle bei der Organisation von Protest- und Blockadeaktionen. Dagegen nahmen die NPGU-Betriebsgewerkschaften in Pawlograd, wo sich die rentabelsten Zechen der Ostukraine befinden, nicht an den Ausständen teil. Auch in der Westukraine beteiligten sich lediglich Bergleute aus Wolyn, nicht jedoch aus Tscherwonograd, an den Streiks.

Die NPGU-Führung war nicht in der Lage, Beginn oder Verlauf des Streiks zu steuern; sie hatte weder eine Konzeption realistischer Streikziele noch eine Strategie zu seiner

Beendigung. Die NPGU wurde auch nicht an den Verhandlungen mit der Regierung beteiligt, und eine Vereinbarung, nach der die Lohnrückstände bis zum 15. September ausgezahlt werden sollen, wurde am 14. Juli von der lokal dominierenden Konkurrenzorganisation NPG-Donbass und der am Streik nicht beteiligten PRUP unterzeichnet. Diese Vereinbarung wurde von der NPGU als nicht ausreichend abgelehnt. Daraufhin wurden am 18. Juli einige betriebliche Streikführer in der Ostukraine festgenommen. Ihnen drohen jetzt Prozesse wegen der Organisation illegaler Streiks und der Störung öffentlicher Ordnung. Da die rechtlichen Grundlagen für das Streikrecht weite Interpretationsspielräume lassen, befürchtet die NPGU-Führung, daß nun ein politisches Exempel statuiert und die ganze Organisation aufgerollt werden soll.

Festgenommen wurde auch der Vorsitzende des ebenfalls am Streik beteiligten **Streikkomitees Donezk**, Michail Krylow. Diese Institution ist eine der beiden aus den 1989er Streiks entstandenen neuen Arbeiterorganisationen, die in Konkurrenz zur NPGU stehen. Bis zum Julistreik 1996 war sie als gesellschaftliche Vereinigung registriert und ist inzwischen per Gerichtsbeschluß verboten worden. Die zweite Konkurrenzorganisation ist die **NPG-Donbass** (Vors.: Nikolaj Wolynko) mit ca. 20.000 Symphatisanten, die 1993 aus der NPGU ausgeschlossen wurde. Beiden Organisationen und ihren Führern wird nachgesagt, zumindestens zeitweise von den örtlichen Kohle-Eliten instrumentalisiert und bezahlt worden zu sein. Beim großen Bergarbeiterstreik im Sommer 1993, der vom Streikkomitee Donezk organisiert worden war, stellte beispielsweise die Stadtverwaltung Verpflegung und Transportmittel für die Bergarbeiter zur Verfügung. Zur Führung der Verhandlungen mit den Streikenden wurde der ehemalige Bergwerksdirektor und Bürgermeister von Donezk, Jefim Swjagilskij, zum stellvertretenden Premierminister berufen, und als Verhandlungsergebnis wurden zusätzliche Subventionen für den Kohlebergbau durchgesetzt, die wesentlich zur Hyperinflation des Jahres 1993 beitrugen.[8]

Die **Vereinigung Freier Eisenbahnergewerkschaften** (OWPSU) mit ca. 6.000 Symphatisanten ist eine Gründung der Freien Lokomotivführergewerkschaft (WPMU), die mit rund 75% der Mitglieder immer noch die einflußreichste Mitgliedsorganisation ist. Vorsitzender der OWPSU ist seit dem 2. Kongreß im März 1996 Grigorij Nedwiga (WPMU), der WPMU-Vorsitzende Semjon Karikow ist sein Stellvertreter. Nedwiga hat als einziger Kandidat der WPU-Gewerkschaften bei den Parlamentswahlen im März 1994 ein Abgeordnetenmandat erringen können und ist Mitglied der Kommission für Sozialpolitik und Arbeit unter Jurij Busdugan (SDPU). Kurz nach seiner Wahl schloß er sich der Fraktion *Reformy* an und trat der Sozialdemokratischen Partei (SDPU) bei; inzwischen ist er jedoch fraktions- und parteilos. Nach Aussagen Karikows sind die Beziehungen zwischen der OWPSU / WPMU und dem Kommissionsvorsitzenden Busdugan gut; dieser unterstütze viele Initiativen der Gewerkschaft. Die Übergabe des OWPSU-Vorsitzes an Nedwiga soll das politische Gewicht der Gewerkschaft und ihren Einfluß auf die anstehende Gesetzgebung verstärken, da sie auf der Betriebsebene im Zuge der Umstrukturierung unter verstärkten Druck gerät.[9] Die WPMU Ist Mitglied in der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF) und hat ständige Kontakte zur Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED).

Die **Gewerkschaft der Fluglotsen** (FPAD; Vors.: Alexandr Schuljak) und die **Gewerkschaft des Bodenpersonals** (PITR; Vors.: Garij Barschajewskij) sind mit wenig über 1.000 Symphatisanten eher kleine Organisationen. Die **Freie Gewerkschaft der Metroangestellten** (WPPMU; Vors.: Wiktor Ditkowskij) hat in den letzten Jahren vor allem in der Kiewer Metro viele Mitglieder gewinnen können, organisiert jedoch auch in Charkow. Die **Freie Gewerkschaft der Telekommunikationsarbeiter** (WPSU), die aus einer Regionalgewerkschaft der *Chmelnizka oblast* heraus entstand, ist nach dem kürzlichen Tod ihres Gründungs-Vorsitzenden Wladimir Olschewskij zur Zeit ohne Führung. Die Gewerkschaften des Transport- und Telekommunikationssektors halten einen regelmäßigen Kontakt, sehen aber nach den schlechten Erfahrungen zunächst keinen Bedarf für einen erneuten formellen Zusammenschluß.

Die **Unabhängige Hafenarbeitergewerkschaft Iljitschowsk** (NPRI; Vors.: Anatolij Bojtschuk) konnte 1995 im betrieblichen Kollektivvertrag mit der Betriebsleitung erhebliche finanzielle Sonderleistungen vereinbaren, über deren Herkunft angesichts eines brach liegenden Hafens nur spekuliert werden kann. Der Versuch, einen Arbeitskontakte mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) zu etablieren, scheiterte im Frühjahr 1995 nach einem erster Besuch von ÖTV-Kollegen in Iljitschowsk, da lediglich ein Interesse an einer Einkaufsfahrt mit Hafenbesichtigung, nicht jedoch an politischem Programm geäußert wurde.

Die **Freie Gewerkschaft der Leicht- & Textilindustrie** (SPLTPU; Vors.: Roman Bobow) mit ca. 2.000 Symphatisanten scheint ihre tiefste Krise überwunden zu haben, die durch den fast völligen Stillstand ihres Kernbetriebs, des Baumwollkombinats Donezk, ausgelöst worden war. Die Gewerkschaft hat regelmäßige Kontakte zur polnischen *Solidarnosc*.

Als wesentlichen politischen Fehler der neuen Gewerkschaften erweist sich inzwischen die **Unterschätzung des Rechts**. Der revolutionäre Gründungsmythos, nach dem sich die Gewerkschaften durch die Tat gegen das sowjetische „Rechts"-System Gehör und Anerkennung verschaffen mußten, ist durch den langsamen Wandel der ukrainischen Gesellschaft, den Fortbestand einer von der Politik abhängigen Justiz und die geringen Chancen des Einzelnen, sich vor Gericht mit berechtigten Ansprüchen gegen Unternehmen und Staat durchzusetzen, eher bestärkt worden. Durch diesen Rechtsnihilismus sind viele Chancen vertan worden, auf die Gesetzgebung Einfluß zu nehmen, die langfristig strukturbildend wirkt und auch im Rahmen des Fortbestands einer politischen Justiz die Grundlagen für die rechtliche Behinderung der Gewerkschaften sein wird. Dieser Nihilismus ist bei der NPGU besonders stark, wogegen die OWPSU ihren Fehler in dieser Hinsicht durch die jüngsten Personalentscheidungen zu revidieren versucht.

2.2 Föderation der Ukrainischen Gewerkschaften (FPU)

Die Föderation der Ukrainischen Gewerkschaften (FPU) wurde 1991 als Unabhängige Föderation der Gewerkschaften der Ukraine (NFPU) gegründet und ist Rechtsnachfolgerin des **Allunionsgewerkschaftsrates der Sowjetunion** (WZSPS) auf dem Territorium der Ukraine.

Auf dem 1. FPU-Kongreß 1993 wurde Olexandr Stojan für fünf Jahre zum Vorsitzenden gewählt. Stojan, der vorher als Dozent an den Universitäten in Donezk und Kiew, im Bildunsgministerium und seit 1992 als innenpolitischer Berater in der Administration Krawtschuks gearbeitet hatte, wurde vom damaligen Präsidenten auf das Spitzenamt lanciert. 1. Stellvertreter ist Walentin Poshidajew, Stellvertreter sind Grigorij Ossowoj, Igor Romantschuk und Aleksandr Jefimenko, der zugleich Präsident des Sozialversicherungsfonds ist. Der FPU gehören 41 Branchengewerkschaften an; der administrativen Gliederung der Ukraine entsprechend existieren 26 Gebietsorganisationen. Die Organisation gibt die gewerkschaftliche Wochenzeitung *Profsojusnaja gaseta* heraus. Auf dem 3. Kongreß im Juli 1994 wurde der Beitritt der FPU zum WZSPS-Nachfolger auf GUS-Ebene, der **Gesamtgesellschaftlichen Konföderation der Gewerkschaften** (WKP) beschlossen, mit dem gemeinsame Konferenzen durchgeführt werden.[10]

Die FPU reklamiert 20,5 Mio Mitglieder, was der offiziellen Gesamtbeschäftigtenzahl der Ukraine entspräche. Viele „Mitglieder" arbeiten jedoch nicht mehr, zahlen keine Beiträge und wissen auch nichts von ihrer Mitgliedschaft. Nach dem Selbstverständnis der FPU haben die Gewerkschaften ein umfassendes Mandat zur Vertretung aller sozialen Belange der Beschäftigten, Rentner und Studenten. Stärker als die neuen Gewerkschaften, die diese Idee im Grundsatz teilen, ist dieses Verständnis von der sowjetischen „Gewerkschafts"-Tradition geprägt, in der die Gewerkschaft nur eine Karrierestation auf dem Weg zu höheren politischen Ämtern war. Deutlich wird dies z.B. an der 1994 gegründeten **Akademie der Arbeit und Sozialbeziehungen**. An der wirtschaftlichen Fakultät können Abschlüsse in Marketing sowie Finanz- und Kreditwesen gemachte werden, an der juristischen Fakultät einer des Rechts und an der sozialen Fakultät der des Sozialmanagers. Letzterer soll nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch im staatlichen Komitee für Jugendarbeit, dem staatlichen Pensionsfonds, dem Nationalen Rat für Sozialpartnerschaft und dem Arbeitsamt einsetzbar sein.

Die FPU konnte den Großteil der Strukturen und des Personals des WZSPS übernehmen und diese wesentlich besser als ihr russisches Pendant absichern. Die Rentenversicherung ging zwar vollständig in staatliche Hand über, die ebenfalls verstaatlichte **Sozialversicherung (*Sozstrach*)** blieb jedoch de facto unter der FPU-Verwaltung: die Administration befindet sich im FPU-Gebäude unter der Leitung des stellvertretenden FPU-Vorsitzenden Aleksandr Jefimenko, der sich mit dem 1. Stellvertretenden Vorsitzenden der FPU, Walentin Poshidajew, das Vorzimmer teilt. Zur Zeit scheinen allerdings in der Präsidentenadministration erneut Pläne geschmiedet zu werden, den Nicht-Budget-Fonds in den Staatshaushalt einzugliedern, um damit kurzfristige Finanzierungslücken zu stopfen. *Sozstrach* ist keine umfassende Sozialversicherung, sondern umfaßt die v.a. Lohnersatzzahlungen im Fall von Krankheit und Schwangerschaft. Dafür müssen die Betriebe gut 5% der betrieblichen Lohnsumme (14% der 37%igen Sozialsteuer auf die Lohnsumme) an den zentralen Sozialversicherungsfonds abführen.[11] Die Versuche von FPU-Branchengewerkschaften und von Nicht-FPU-Gewerkschaften, selber Zugriff auf *Sozstrach* zu erhalten, spricht dafür, daß die Geldströme trotz der inzwischen gesunkenen Abführungsdisziplin der Betriebe nach wie vor beträchtlich sein müssen.

Intern lassen sich in der FPU **regionale und branchenbezogenen Konflikte** ausmachen. Die Spitzenkader der Regionalorganisationen in den drei galizischen *oblasty* (Iwano-Frankiwsk, Lwiw, Ternopil) sind weitestgehend von *Ruch*-Aktivisten ersetzt worden, bei denen die Gründung eines eigenen Dachverbands äußerst populär ist. Einzig der damit verbundene Verlust des Anteils am FPU-Vermögen scheint die Umsetzung dieses Plans zu verhindern.[12] Aber auch einige Branchengewerkschaften beginnen, das Zugriffsmonopol der Zentrale auf Vermögen und Verteilungsfunktionen zu attackieren. Dabei handelt es sich vor allem um die Gewerkschaft der Kohlearbeiter (PRUP; Vors.: W. Dershak), die Gewerkschaft der Atomenergie- und -industriearbeiter (Vors.: A. Jurkin), den Verband der Arbeiter in innovativen und Kleinbetrieben (Vors.: W. Bondarenko) und den Verband der Mitarbeiter von *joint ventures* (Vors.: A. Michajlenko). Letztere sind Sozialversicherungsverbände für die erste Generation von Privatbetrieben.

Im Bereich des **WZSPS-Vermögens** erweist sich die FPU als Alleinerbe, obwohl sie 1992 gemeinsam mit Nicht-FPU-Gewerkschaften eine Deklaration unterzeichnete, nach der es sich dabei um kollektives, nicht veräußerbares Eigentum aller Gewerkschaften handele. Bereits am 22. November 1991 wurden viele der Gesundheits- und Kureinrichtungen in die neugeründete Aktiengesellschaft AO *Ukrprofsdrawniza* (Grundkapital am 1. Januar 1995: 483,2 Mrd Krb oder ca. 6,9 Mio DM) überführt. Im November 1992 wurde dann ein Großteil der Ferieneinrichtungen in die AO *Ukrproftur* (Jahresgewinn 1994: 1,177 Bio Krb oder ca. 16,8 Mio DM) eingebracht, die zu 97,44% der FPU und zu 2,56% *Sozstrach* gehört. In den Karpaten wurde das gewerkschaftliche Bauunternehmen *Karpatkurortstroj* in eine geschlossene Aktiengesellschaft umgewandelt, an der die FPU 75,9% und eine nicht näher bekannte Pächtervereinigung den Rest der Anteile hält. Eine neue Eigentumsform erhielten auch Sportbekleidungshersteller AO *Start*, die Versicherungs-AG *Energopolis*, die AO *Odessaturist* sowie die ukrainisch-amerikanischen *joint ventures* Internationaler Fonds für Wissenschafts- und Bildungsförderung, AO Hotel *Slawjanskij* und AO *Skarb* (*Joint ventures* sind heute vornehmlich Instrumente der Kapitalflucht, wobei der ausländische Partner eine Briefkastenfirma des inländischen ist; dies muß aber nicht so sein und ist hier nur Spekulation des Autors.) Zum FPU-Bestand zählen auch die Sportvereinigungen *Ukraina*, die 24 Sportler der ukrainischen Olympiamannschaft stellte, *Kolos* und *Spartak*.

Mehrere Ferienheime und Sanatorien wurden verkauft, und inzwischen wird auch ein Großteil der Flächen des Hauses der FPU-Zentrale am Kiewer Unabhängigkeitsplatz (*majdan Nesaleshnosti* 2) kommerziell vermietet. 1995 konnten nur noch 7,5% des **FPU-Budgets** aus Mitgliedsbeiträgen bestritten werden; 85,6% kamen aus der Wirtschaftstätigkeit. Ein Großteil der Gewinne wurde jedoch zur Erweiterung des Wirtschaftsimperiums verwandt; am 23. Februar 1995 gründete die FPU unter minimaler Beteiligung von *Sozstrach* eine neue geschlossene Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 99 Mrd Krb (ca. 1,4 Mio DM). Für die Zukunft sind die Einrichtung einer gemeinnützigen Vereinigung *Proftrast* und einer internationalen Rechtsberatung *Wasche prawo* (Ihr Recht) geplant, die jedoch auch Gewerkschaftsmitgliedern nur gegen Barzahlung zur Verfügung stehen soll. Gemeinsam mit *Ukrprofsdrawniza*, *Sozstrach*, *Energopolis*, *Ukrproftur* und der FPU-Branchengewerkschaft der Atomenergie- und -industriearbeiter (Vorsitzender: A. Jurkin) will die FPU zudem eine geschlossene Aktiengesellschaft SAO *Ukrproftelekom* gründen. Das Gewerkschaftsimperium

soll von der Holding *Ukrainskaja choldingowaja kompanija profsojusow* (UChKP) oder einer entsprechenden Finanz-Industrie-Gruppe (FPI) gekrönt werden.[13]

Auf politischer Ebene bemüht sich die FPU intensiv darum, ihre Positionen im neuen **Gesetz „Über Gewerkschaften"** abzusichern. Zum einen betrifft die betrieblichen Funktionen der Gewerkschaften, insbesondere die Verteilung der betrieblichen Fonds für Soziales, Kulturelles und Wohnen, die Zuteilung der Prämien an die Beschäftigten, die Verwaltung und Bearbeitung der zur Pensionierung relevanten Dokumente, die Verwaltung des Zugangs zu Sanatorien und Gesundheitsdiensten (auch für Pensionäre) und die Verwaltung der staatlichen Sozialversicherung. Zum anderen sollen die Gewerkschaften das Initiativrecht im Gesetzgebungsverfahren und das Recht auf Unternehmertätigkeit erhalten. So heißt es in Art. 32 des FPU-Entwurfs, der über den FPU-Vorsitzenden in den parlamentarischen Prozeß eingebracht wurde: „Gewerkschaften und ihre Verbände können notwendige wirtschaftliche und andere kommerzielle Aktivitäten ausüben, kommerzielle Unternehmen gründen, im Außenhandel tätig werden, Gewerkschaftsbanken, Versicherungen und Aktiengesellschaften gründen".[14]

Bei den Parlamentswahlen 1994 konnten sieben FPU-Funktionäre ein Mandat erringen (vgl. Tabelle); sie bilden jedoch keine geschlossene FPU-Lobby. Sie haben unterschiedliche Partei- und Fraktionszugehörigkeiten und verfolgen höchstens punktuell eine gemeinsame (gewerkschafts-) politische Linie. Jaroslaw Kendsjor beschäftigt sich in der *Ruch*-Fraktion schwerpunktmäßig mit kulturpolitischen Fragen und gehört ansonsten zu denjenigen, die nach einer eigenen Gewerkschaftsorganisation streben. Der FPU-Vorsitzende Aleksandr Stojan hat sich der Fraktion *Zentr* angeschlossen, die wichtige Vertreter der zentralstaatlichen Eliten aus der Ära Krawtschuk vereint - so z.B. mehrere Vorsitzende von Staatskomitees und Ex-Minister. Die Kernmannschaft der FPU-Lobby sind die drei Abgeordneten in der Parlamentskommission für Sozialpolitik und Arbeit, zu denen auch Stojan gehört. Dadurch konnte die FPU in der Vergangenheit einen starken Einfluß auf alle für die Gewerkschaften relevanten Gesetzgebungsverfahren ausüben.

TABELLE: FPU-Funktionäre im Parlament

1. Bajrak, Nikolaj	parteilos	*Jednist*
* 2. Dontschenko, Jurij	KPU	Kommunistische Fraktion
3. Kendsjor, Jaroslaw	NRU	Fraktion *Ruch*
4. Kotscherga, Wladimir	KPU	Kommunistische Fraktion
* 5. Pimenowa, Natalja	KPU	Kommunistische Fraktion
* 6. Stojan, Aleksandr	parteilos	*Zentr*
* 7. Wernigora, Leonid	parteilos	Unabhängige Deputiertengruppe

* Mitglieder der Parlamentskommission für Sozialpolitik und Arbeit

Es bleibt eine offene Frage, ob es sich bei den umfassenden wirtschaftlichen Aktivitäten der FPU um die gemeinwirtschaftliche Konzernbildung einer Gewerkschaft handelt, die ihren Mitgliedern oder auch der Funktionsfähigkeit der Interessenvertretungsorgane zugute kommt, oder ob die gewerkschaftlichen Aspekte der FPU-Existenz vollständig simuliert sind, um die reibungslose Privatisierung des früheren WZSPS-Vermögens zu ermöglichen. Längerfristig

kann die Sicherung des Apparats und seiner Rechte strukturbildend im Bereich der Arbeitsbeziehungen sein, zur Zeit jedoch haben oberhalb der Betriebsebene ausschließlich die Eigentumsaspekte reale gesellschaftliche Bedeutung (vgl. auch Abschnitt 3).

2.3 Nationale Konföderation der Ukrainischen Gewerkschaften (NKPU)

Im Mai 1994 gründeten einige Gewerkschaften und Verbände ein Nationales Komitee Ukrainischer Gewerkschaften zu Fragen der Sozialversicherung, aus dem im November 1994 ein zweiter ukrainischer Dachverband hervorging: die **Nationale Konföderation der Ukrainischen Gewerkschaften** (NKPU).[15] Vorangetrieben wurde diese Gründung durch die im Mai 1994 aus der WPU ausgetretenen **Solidarischen Gewerkschaften der Ukraine** (SolPU; Vors.: Alexandr Schejkin) mit ca. 170.000 Symphatisanten und den in Donezk beheimatete Unternehmerverband ***Solidarnost*** (Vors.: Jurij Piwowarow), der 1989 als erster Verband der Genossenschaften in der Sowjetunion gegründet wurde.[16]. Die SolPU ist der ukrainische Zweig der 1989 gegründeten (ursprünglich: Sozialistischen; nach dem Ende der Sowjetunion:) Sozialen Gewerkschaften (*Sozprof*), und sind Mitglied des GUS-weiten *Sozprof*-Verbands. 50% der Mitglieder sind Ingenieure, Ärzte, Journalisten und 22% Dienstleistungsangestellte; in Zukunft sollen verstärkt Bankangestellte geworben werden. Die Solidarischen Gewerkschaften haben im Parlamentswahlkampf die Sozialdemokratische Partei (SDPU) unterstützt und reklamieren weiterhin ein gutes Verhältnis zu deren Vorsitzenden, Jurij Busdugan. Ein Partnerschaftsabkommen, das vor allem auf Rechtshilfe seitens der Partei herausläuft, wurde allerdings mit der Konkurrenzorganisation SDPU(O) unter ihrem Vorsitzenden Jurij Onopenko unterzeichnet. Die Gewerkschaft gibt die Monatszeitung *Wolja* heraus. [17]

Der Konföderation gehören die ebenfalls aus der WPU ausgetretene neue **Gewerkschaft der Zivilpiloten** (PALS-ZA; Vors.: W. Rwatschow), die **NPG-Donbass** (Vors.: Michail Wolynko) und die alte **Gewerkschaft der Akademie der Wissenschaften** (Vors.: Anatolij Schirokow) an. Schirokow ist zugleich Gründer und Vorsitzender des ersten *Rotary Club* der Ukraine. Außerdem sind noch weitere Unternehmer- bzw. Genossenschaftsverbände Mitglieder der Föderation: der **Verband der Arbeiter kleiner und mittlerer Betriebe *Jednannja*** (Vors.: N. Koshewina), der **Verband der Arbeiter kleiner und mittlerer Betriebe der Krim *Jedinstwo*** (Vors.: Ja. Resnikow) und die **Föderation der Kooperativbetriebsgewerkschaften *Hromada*** (Vors.: Wiktor Shukow).

Hintergrund dieser ungewöhnlichen Koalition war das Bestreben, eine eigene **Sozialversicherung** aufzubauen und das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren entsprechend zu beeinflussen. Dieses Vorhaben war erfolgreich, denn der Großteil der Mitgliedsverbände hat inzwischen das Recht, die *Sozstrach*-Mittel im eigenen Organisationsbereich zu verwalten. Lediglich 8% dieser Mittel werden in den zentralen Reservefonds eingestellt, der Rest wird auf Betriebsebene belassen, so daß hier beträchtlich Verteilungsspielräume entstanden sind.[18] Die Durchsetzung dieser Praxis scheint oft unter Einbeziehung des Managements gelungen zu sein. *Solidarnost* schließt mit den Unternehmen Verträge über „Gewerkschaftsdienstleistungen" (*profobslushowannie*) ab, im Rahmen derer

80% der *Sozstrach*-Mittel in die Betriebe zurückfließen. Die damit verbundene Möglichkeit, die Zahlung einer Provision an die Gewerkschaft zinslose Kredite zu erhalten, hat die Bereitschaft der Unternehmen erhöht, die Abgaben auch tatsächlich an die NKPU-Gewerkschaft abzuführen. Mit der gelungenen rechtlichen Absicherung dieser Praxis ist für *Solidarnost* offenbar der Anreiz für eine stärkere Einbindung in das Zweckbündnis NKPU entfallen; sie hat nur noch Assoziiertenstatus.

2.4 Andere

Ebenfalls aus der sowjetischen Streikbewegung hervorgegangen ist die Allukrainische Vereinigung der Arbeitersolidarität (**WOST**; Vors.: A. Dshulyk). Sie ist Mitglied im **Weltverband der Arbeit**. WOST hat sich von Anfang an v.a. politischen Zielen verschrieben, insbesondere der Stärkung des unabhängigen ukrainischen Staates. Die Organisation hat sich mehrfach gespalten, Mitglieder und dementsprechend an Einfluß verloren. In der Westukraine besteht WOST praktisch nur aus der Regionalgewerkschaft ***Wolja*** (Vors.: Nikolaj Sakaljushnyj), deren Vorsitzender zugleich als Vizepräsident der nationalen Organisation firmiert.[19] Eine Abspaltung ist die Allukrainische Freie Gewerkschaftliche Vereinigung der Arbeitersolidarität (**WPWOST**; Vors.: Arkadij Woltschok), die eng mit dem Kongreß Ukrainischer Nationalisten (KUN) verbunden ist und auch an 1995 von UNA organisierten „Versammlung freier Gewerkschaften und Streikkomitees" teilnahm.

Einige alte Gewerkschaften haben sich keinem nationalen Dachverband angeschlossen bzw. sind aus der FPU ausgetreten. Dies ist zum einen die **Eisenbahn- und Transportgewerkschaft**, deren Vorsitzender Anatolij Tschornomas der FPU einen zu weichen Umgang mit den neuen Konkurrenten vorwirft. Zum anderen ist dies die **Föderation der Seeleutegewerkschaften** (FMPU; Vors.: A. Borschtsch), die auch Funktionen einer (zünftischen) Arbeitsvermittlung zu übernehmen scheint. Bei einem Besuch der Regionalgewerkschaft in Odessa wurde einer ÖTV-Delegation *fifty-fifty* der Einnahmen angeboten, wenn diese dafür Sorge tragen könnten, daß auf dem deutschen Zweitregister ausschließlich Ukrainer als billige Arbeitskräfte eingesetzt würden. Beide Gewerkschaften haben ebenfalls den Zugriff auf die *Sozstrach*-Mittel durchgesetzt.

Am 18. Dezember 1994 wurde in Kiew die **Allukrainische Arbeiterunion** (WSR) als eine explizit antikapitalistische Gewerkschaft mit sehr starken Affinitäten zur Kommunistischen Partei gegründet. Vorsitzender ist Aleksandr Bondartschuk, Mitglied im Zentralkomitee der KPU. In den Vorstand wurden zudem die KPU-Abgeordneten Anatolij Chmelewoj, Anatolij Lewtschenko, Walerij Sikalow, Wassilij Tereschtschuk und der SPU-Abgeordnete Leonid Kaminskij gewählt. Die WRS gibt die Zeitung *Borba* (Kampf) heraus und ist am stärksten in der Rüstungs- und Maschinenbauindustrie. Regionale Organisationsschwerpunkte sind dementsprechend der *Sumska*, *Zaporishska*, *Dnipropetrowska*, *Charkowska* und *Winnizka oblast*; in der Westukraine organisiert die WSR fast gar nicht.[20]

Im Rahmen des Nationalen Rats für Sozialpartnerschaft ist auch der **Verband der Kooperativarbeiter** auf der Gewerkschaftsseite anzufinden. Ihr Vorsitzender, Wassilij Kostryzja, ist im Bereich der Sozialpartnerschaft äußerst aktiv und inzwischen zum Vertreter der **Internationalen Arbeitsorganisation** (ILO) in der Ukraine ernannt worden.

3. Tarifbeziehungen und Sozialpartnerschaft

3.1 Branchentarifvereinbarungen und betriebliche Kollektivverträge

In der Ukraine gibt es heute kein funktionierendes Tarifsystem, wenn man seine wesentliche Funktion darin sieht, über den Einzelbetrieb hinaus einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie ihre regelmäßige Anpassung an die sich ändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu vereinbaren. Es ist überreguliert, widersprüchlich und unverbindlich. Bereits 1991 wurde im **Gesetz „Über Unternehmen in der Ukraine"** eine grundsätzliche Dezentralisierung und Entstaatlichung der Lohnfindung festgelegt und den Unternehmen die eigenständige Verfügung über den Lohnfonds zugesprochen. Danach richtet sich die individuelle Lohnhöhe nach den Bestimmungen des Arbeitsvertrages unter Berücksichtigung der gesetzlichen Minima, und in der Praxis ist damit der Willkür Tür und Tor geöffnet. Das überbetriebliche Tarifsystem und die damit verbundenen gewerkschaftlichen Aktivitäten erscheint demgegenüber weitgehend als Simulation in der Tradition Potjomkinscher Dörfer.

Die wesentlichen Grundlagen des aktuellen Tarifsystems wurden im Juli 1993 durch das **Gesetz „Über Kollektivverträge und -vereinbarungen"** geschaffen.[21] An der Ausarbeitung war die FPU beteiligt, und auch die unabhängigen Gewerkschaften unterstützten das Gesetzgebungsverfahren.[22] Für alle Betriebe, die Lohnarbeiter beschäftigen, ist unabhängig von der Eigentumsform der Abschluß Kollektivvereinbarungen auf nationaler, regionaler sowie Branchenebene (Tarifvereinbarungen) und von Kollektivverträgen auf betrieblicher Ebene (Betriebsvereinbarungen) vorgesehen (Art. 2). Vertragspartner sind zum einen die Eigentümer oder ihre Bevollmächtigten (Art. 3), zum anderen Gewerkschaften oder - auf Betriebsebene - die Bevollmächtigten des Arbeitskollektivs (Art. 4). Unternehmerverbände spielen bisher keine Rolle als Tarifpartner, weil sie keine Verhandlungsorganisationen von Eigentümern sondern politische Lobbyorganisationen sind. Da es in den meisten Privatbetrieben keine Gewerkschaften gibt, betrifft das Tarifsystem im wesentlichen den Staatssektor.

Bei den überbetrieblichen Kollektivvereinbarungen erhält diejenige Gewerkschaft das **Recht auf Abschluß** der Vereinbarung, die mehr als 50% der Beschäftigten der Branche, des Gebiets oder der Gesamtwirtschaft organisiert. Dies hat zum Ausschluß der WPU-Gewerkschaften aus den entsprechenden Verhandlungen beigetragen. Die WPMU konnte beispielsweise 1993 eine Kollektivvereinbarung mit der Eisenbahn abschließen, aber 1995 gewann die Eisenbahn- und Transportgewerkschaft ihr Verhandlungsmonopol zurück. Auf der Betriebsebene entscheidet bei Kompetenzstreitigkeiten die Vollversammlung des Arbeitskollektivs - dem nach wie vor die Direktoren angehören -, welche Gewerkschaft bzw.

welcher Bevollmächtigte das Recht zur Unterzeichnung eines Kollektivvertrags erhält (Art. 4). In Betrieben mit mobilisierungsfähigen neuen Gewerkschaften können diese also ihr Vertretungsrecht durchaus durchsetzen und Gestaltungsspielräume für die Interessenvertretung gewinnen.

Zentrale Einheit des gesamten Tarifsystems ist der **staatliche Minimallohn**, der im September 1995 im **Gesetz „Über die Entlohnung der Arbeit"** neu geregelt wurde. Der Grundlohn (*tarifna stawka robitnyka perschoho rosrjadu*) jeder Branche ergibt sich über den branchenspezifischen Multiplikator dieses Minimallohns, der in der nationalen Generalvereinbarung festgelegt werden soll (Art. 6, 11). Innerhalb jeder Branche bauen alle Lohngruppen auf dem Grundlohn auf. Der Minimallohn ist an das Minimalkonsumbudget der Haushalte (*minimalnij sposhiwtschij bjudshet*) gekoppelt worden und soll auch den Durchschnittslohn, die Arbeitsproduktivität, das Beschäftigungsniveau und „andere wirtschaftliche Bedingungen" berücksichtigen. Diese Vorgaben sind schwammig. Als absoluter Minimalwert ist die Grundsicherungsgrenze (*mesha malosabespetschenosti*) verankert (Art. 9). Die Bestimmung der Höhe der Grundsicherungsgrenze unterliegt dem **Parlament**, und hier insbesondere der Kommission für Sozialpolitik und Arbeit (Vorsitzender: Jurij Busdugan). Am 12. Oktober 1995 wurde der Wert der Grundsicherungsgrenze per Parlamentsbeschluß auf Krb 4.800.000 angehoben.[23] Auch die absolute Höhe des Minimallohns soll in Zukunft jährlich vom Parlament beschlossen werden (Art. 10).

Die **Branchenkollektivvereinbarungen** werden in der Regel zwischen den Branchenministerien und den Branchengewerkschaften der FPU unterzeichnet, die in fast allen Branchen über 50% der Beschäftigten organisieren. Nach Angaben der FPU müssen jedoch beständig Verhandlungen mit dem Ministerkabinett über die Einhaltung der Vereinbarungen geführt werden.[24] Die Branchenkollektivvereinbarungen sollen die Struktur der Tariflohngruppen konkret ausgestalten, nach dem **Gesetz „Über die Entlohnung der Arbeit"** regelt jedoch das Arbeitsministerium die Charakteristika der Lohngruppen (Art. 6). Gleichzeitig wurde in diesem Gesetz die Bedeutung der Unternehmensebene gestärkt, denn die konkrete Ausgestaltung des Zahlungssystems und der Lohnhöhe (abhängig von Arbeitsnormen, Zuschlägen, Prämien u.a.) soll durch den **betrieblichen Kollektivvertrag** geschehen (Art. 15). Zudem enthält das Gesetz eine **Tariföffnungsklausel**: Im Falle fortdauernder finanzieller Schwierigkeiten kann ein Unternehmen die tariflich festgelegten Lohnleistungen für eine Periode bis zu sechs Monaten unterschreiten (Art. 14). Tatsächlich hat der Anteil des Tariflohns am Gesamtlohn bereits in den letzten Jahren stark abgenommen. Er lag 1993 - nach offiziellen Angaben - nur noch bei 68% der Gesamtzahlungen. Der verbleibende Rest entfiel auf Zuschlagszahlungen, die in der Regel gewinnabhängig ausgezahlt und in den Kollektivverträgen vereinbart werden.[25] In rentablen Betrieben dürfte der Tariflohnanteil inzwischen noch niedriger liegen. Auffällig ist auch, daß in Tarifvereinbarungen der jeweils niedrigeren Ebene alle vereinbarten Regelungen der höheren Ebene wiederholt festgeschrieben werden, um deren Verbindlichkeit zu stärken.

3.2 Generalvereinbarung und Nationaler Rat für Sozialpartnerschaft

Im April 1993 wurde erstmals eine nationale **Generaltarifvereinbarung** (GTS) zwischen der Regierung und 12 Gewerkschaften abgeschlossen. Sie bestand hauptsächlich aus Absichtserklärungen, so z.B. über die Anpassung des Konsumfonds der Betriebe (aus ihnen werden die Löhne gezahlt) an die Preisentwicklung, die Indexierung der Minimallöhne und Renten, die Einführung eines Minimalwarenkorbes zur statistischen Erfassung des Lebensstandards, die Vorbereitung von Gesetzänderungen zu den Arbeitszeiten, Entwicklung von Beschäftigungsprogrammen, Ausarbeitung neuer Sozial-, Gesundheits- und Wohnungsprogramme u.a. Wichtigstes tarifpolitisches Regelungsinstrument dieser Vereinbarung war die Festlegung von Koeffizienten, nach denen eine Differenzierung der Grundlöhne der Branchen erfolgte.

Im Gegenzug verpflichteten sich die Gewerkschaften dazu, in allen diesbezüglichen Fragen den sozialen Frieden zu wahren. Manche Formulierungen der ersten GTS erinnern noch stark an das Gewerkschaftsmodell „Transmissionsriemen". So heißt es beispielsweise: „Die Gewerkschaften unterstützen die Arbeitskollektive der Organisationen, Unternehmen und Institutionen bei ihren Anstrengungen zur Steigerung der Produktion und der Verbesserung der Arbeitsdisziplin." Nach Angaben der Gewerkschaften ist ein Großteil der Vereinbarungen nicht eingehalten worden, insbesondere die Anpassung der betrieblichen Konsumfonds. Dies räumte auch die Regierung ein, verwies jedoch auf die wirtschaftlichen Gründe für die Nichteinhaltung.[26] Trotzdem wurde die Vereinbarung 1994 nach zähen Verhandlungen um ein Jahr verlängert.

Die **Generalvereinbarung 1995** enthielt weder das Wort „Tarif" noch die tariflichen Einigungen über Branchenkoeffizienten. Unterzeichner sind die FPU, der Gewerkschaftsflügel innerhalb der NKPU und der Kooperativverband. Die WPU kritisierte die Unkonkretheit des Abkommens und unterzeichnete es nicht. Das unbefristet gültige, aber kündbare Dokument ist noch stärker als sein Vorgänger auf allgemeine Absichtserklärungen über Sozialversicherung, Wohnungsbau, Arbeitsschutz, Steuern u.a. ausgerichtet. Im tariflichen Bereich (Art. 3) wurden konkret nur einige Regelungen für Urlaub und Zuschläge getroffen. Es wurde jedoch explizit das Inkrafttreten der im Gesetz „Über die Entlohnung der Arbeit" festgelegten Lohnindexierung und die Zahlung der Lohnrückstände im Staatssektor vereinbart, womit deutlich wird, daß sich die Unverbindlichkeit von rechtlichen Dokumenten nicht auf Tarifvereinbarungen beschränkt.[27] (Die Strenge des ukrainischen Gesetzes wird dadurch gemildert, daß seine Anwendung nicht verbindlich ist.)

Am 6. Februar 1993 etablierte der damalige Präsident Leonid Krawtschuk den **Nationalen Rat für Sozialpartnerschaft** (NRSP). Das 66-köpfige tripartite Gremium soll den Präsidenten in Fragen der Gesetzgebung und der Verabschiedung von Kollektivvereinbarungen beraten und trifft sich vierteljährlich. Von den 22 Gewerkschaftssitzen erhielt die FPU 11; die anderen Sitze verteilen sich auf neue Gewerkschaften. Dazu zählt auch der Verband der Kooperativarbeiter von Wassilij Kostrijzja, der für die Gewerkschaftsseite im Vorstand des NRSP sitzt. Auch der Einflußbereich des NRSP umfaßt fast ausschließlich Staatsunternehmen, denn die Unternehmerbank wird praktisch vom Ukrainischen Verband der Industriellen und Unternehmer (USPP)

monopolisiert. Nach Einschätzung beider Seiten hat der NRSP in strittigen Fragen kaum Einfluß auf die Position der Regierung und des Präsidenten nehmen können. Lediglich die informellen Kontakte im Rahmen der Sitzungen wurden von einigen Teilnehmern als Gewinn empfunden.

4. Politik der US-amerikanischen Gewerkschaften

Der amerikanische Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO ist in der Ukraine durch das ***Free Trade Union Institute*** (FTUI) vertreten, das mit Geldern von USAID, dem *Democracy Fund* u.a. arbeitet. Ziel der Arbeit des FTUI ist die Stärkung der demokratischen Gewerkschaften. Bis zur gescheiterten WPU-Gründung lag seine Arbeit auf drei Schwerpunkten:

* Förderung des neuen Dachverbandes und materielle Hilfe beim Aufbau seines Sekretariats;
* Finanzierung einer zweisprachigen Wochenzeitung der Freien Gewerkschaften *Mist / Most*;
* Aufbau eines „Ukrainischen Instituts für Arbeitsforschung und Bildung" (UITDO) mit den Abteilungen Recht, Bildung und Öffentlichkeitsarbeit.

Der alte Leiter des FTUI, Mark Tarnawsky, gab den neuen Gewerkschaften (im Vergleich zur üblichen US-amerikanischen Gewerkschafts-Außenpolitik) relativ wenig konkrete Vorgaben für ihre Organisationspolitik. Die finanzielle Kontrolle des FPU-Sekretariats unter der alten Führung von Mul war gering, und in der Spätphase sind offensichtlich Gelder veruntreut worden. Die Zeitung der Freien Gewerkschaften, *Most*, entwickelte sich zu einem mitunter sehr kritischen Wochenblatt, das trotz aller Unzulänglichkeiten ein Teil der demokratischen Presselandschaft, jedoch kein Agitationsorgan der Gewerkschaften wurde. Deshalb wurden zunehmend eigene Publikationen der Gewerkschaften gefördert. Das UITDO wurde organisatorisch und örtlich vom FTUI getrennt, um auch nach dessen zeitlich begrenztem Dasein in Kiew weiter bestehen zu können. Seine Bildungsabteilung arbeitete teilweise mit der polnischen *Solidarnosc* zusammen.

Seit Juni 1996 ist Victor Klachuk Direktor des FTUI in Kiew. Er ist argentinischer und israelischer Staatsbürger, Mitglied von *Histadrud*, und hat in den letzten Jahren in verscheidenen zentralamerikanischen Ländern für das entsprechende regionale FTUI-Pendant gearbeitet. Anstelle der Förderung von Organisationsstrukturen will er seinen Schwerpunkt auf die Basis- und Bildungsarbeit im Rahmen des inzwischen wieder eingegliederten UITDO setzen. Das Institut soll offen für alle sein. Die Ende 1995 eingestellte Zeitung *Most* soll nicht wiederbelebt werden; nach Aussagen Klachuks müsse eine demokratische Zeitung den Menschen bei der Entscheidungsfindung nützen, anstatt die demokratischen Führer zu diskreditieren.

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

5. Perspektiven

Die ukrainische Transformation folgt eigenen Regeln, und eine davon ist, daß nichts so ist, wie es scheint. Es gibt weiterhin keine Betriebsschließungen, die offizielle Arbeitslosenzahl ist minimal; dafür aber werden Löhne nur mit großer zeitlicher Verzögerung bezahlt. Ende

August 1996 hatten sich Lohnschulden des Staates von rund 20 Bio Krb (ca. 150 Mio DM) aufgehäuft.[28] Die Gründerzeit in der ukrainischen Gewerkschaftslandschaft ist mit Sicherheit vorbei. Sozialpartnerschaft und Tarifsystem sind weitgehend simuliert, und oberhalb der Betriebsebene - die man sich deshalb bei jeder Gewerkschaft genau ansehen sollte - sind kaum allgemeine Aussagen über den tatsächlichen Einfluß von Gewerkschaften zu fällen. Mitgliedszahlen geben oft nur den Anteil an der Verwaltung der Sozialversicherung wieder und sind bei keiner Gewerkschaft durch Mitgliedsbeiträge bestimmt. Fällt die Verwaltung der Sozialversicherung fort, sind einige dieser Verbände in ihrer Existenz bedroht. Der Fortgang des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels wird zeigen, ob sich die bisher geschaffenen Regulierungen als dauerhaft erweisen, und ob die Gewerkschaften auch als solche überleben. Zweifel sind bei allen hier beschriebenen Organisationen angebracht, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.

[1] Konstytuzija Ukrajiny. *Urjadowyj kurjer* 13.07.1996:5-10
[2] Autoreninterview mit Aleksandr Mril, Vorsitzender der NPGU und der WPU (Kiew, 18.08.1994)
[3] Wischnewskij, Jurij 1995a: Samyj radikalnyj profsojus. *Most* 15/95:10
[4] Tkatschuk, Jelena 1995: Swobodnye profsojusy Ukrainy: otstawka lidera w preddwerii kongressa. *Most* 25/95:2
[5] Wischnewskij, Jurij 1995b: Jest takoje objedinenie - WPU! Swobodnoje profsojusnoje dwishenie pered nowoj wolnoj. *Most* 36/95:1,4-5
[6] Gordeeva, Ljudmila / Il'\enko, Aleksandr 1996: „Zaboj□\iki s Kre□\atika" sponsirovalis' iz-za okeana. pomo□\u□la 'nalevo'. *Kiewskie wedomosti* 02.03.1996:1&9
[7] Autoreninterview mit Michail Wolynez, Vorsitzender der NPGU, und Anatolij Akimotschkin, Stellvertretender Vorsitzender der NPGU (Kiew, 06.08.1996)
[8] Autoreninterview mit Chrystia Freeland, ehemalige *Financial Times*-Korrespondentin in der Ukraine (Moskau, 17.04.1996)
[9] Autoreninterview mit Semjon Karikow, Vorsitzender der WPMU (Kiew, 07.08.1996)
[10] Autoreninterview mit Walentin Poshidajew, 1. Stellvertretender Vorsitzender der FPU (Kiew, 05.08.1996)
[11] ILO 1994:231
[12] Autoreninterview mit Jaroslaw Kendsjor, FPU-Vorsitzender Lwiwska oblast (Lwiw, 27.09.1995)
[13] Garkalow, Andrej 1996: FPU: Bisnes na narodnom dowerii. *Wolja - Gaseta solidarnych profspilok Ukrajiny* 2/96:4-5
[14] Zit. nach ILO 199[illegible]61
[15] *Wolja - Gaseta solidarnych profspilok Ukrajiny* 10/94
[16] *Donbass* 23.09.1994:2
[17] Autoreninterviews mit Aleksandr Schejkin, Vorsitzender der Solidarischen Gewerkschaften und der NKPU (Kiew, 05.09.1994 und 28.08.1996)
[18] Autoreninterview mit Aleksandr Schejkin, Vorsitzender der NKPU (Kiew, 28.08.1996)
[19] Jerofeew, Konstantin 1995: WOST ukrepljajet meshdunarodnye kontakty. *Most* 19/95:10
[20] Aleksandr Bondartschuk: „Nasche wlijanie na situaziju dowolno snatschitelno". *Most* 43/95:5
[21] Veröffentlicht in *Golos Ukrainy* 29.07.1994:6-7
[22] ILO 1994:169
[23] Arbeitsminister Michail Kaskewitsch in *Kiewskie wedomosti* 14.10.1995:1&8
[24] Autoreninterview mit Walentin Poshidajew, 1. Stellvertretender Vorsitzender der FPU (Kiew, 05.08.1996)
[25] ILO 1994, a.a.O.:134-135
[26] ILO 1994, a.a.O.:170-173
[27] Unterzeichner sind die FPU (O. Stojan), der Verband der Kooperativarbeiter (W. Kostrizja), die Eisenbahn- und Transportgewerkschaft (A. Tschornomas), die Gewerkschaft der Akademie der Wissenschaften (A. Schirokow), die Solidarischen Gewerkschaften (A. Schejkin), die Gewerkschaft des Innenministeriums (G. Kabantschenko), WOST (A. Dshulyk) und die Zivilpilotengewerkschaft (S. Roganin).
Zur Haltung der WPU vgl. Nascha sprawka: Tschto dajot generalnoe soglaschenie. *Most* 33/95:11 und 36/95:12
[28] Babitsch, Nikolaj 1996: Sadolshennost po sarplate: mnimye i realnye pritschiny. *Finansovaja Ukraina* 33/96:4&11

Andreas Wittkowsky: 96gewerk.doc/07.09.1996